

## Medienmitteilung

Bern, 11. Dezember 2018

## Radikale Zersiedelungs-Initiative – überflüssig & unnütz

**Am 10. Februar 2019 befindet das Stimmvolk über die eidgenössische Initiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung». Die Zersiedelungs-Initiative verhindert eine sinnvolle Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft. Sie greift in die Eigentumsfreiheit im Siedlungsbau ein, schreibt vor was Lebensqualität ist und will Stillstand. Sie ist überflüssig und unnütz, denn die Instrumente zum massvollen Umgang mit dem Boden sind im Raumplanungsgesetz bereits vorhanden. Ein breit abgestütztes nationales Komitee aus politischen Parteien und Verbänden setzt sich vehement gegen die radikale Initiative ein.**

Das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG), das 2014 in Kraft getreten ist, deckt die grundsätzlichen Forderungen nach massvollem Umgang mit Boden bereits ab. Die Kantone setzen die strengen neuen Standards um, indem sie überdimensionierte Bauzonen verkleinern und die Ausscheidung neuer Bauzonen auf die Bevölkerungsentwicklung abstimmen. «Die Kernanliegen der Initiative werden durch das revidierte Raumplanungsgesetz bereits aufgefangen. Die Initiative geht radikal weiter und will die Bauzonen auf ewige Zeiten einfrieren. Das ist überflüssig und unnütz, denn die Instrumente zum massvollen Umgang mit dem Boden sind im Raumplanungsgesetz bereits vorhanden», informierte Komitee Co-Präsident Jean-François Rime (NR SVP/FR) an der heutigen Medienkonferenz.

### Ungerecht und schädlich

Die Initiative führt zu einer ungerechten Behandlung der Kantone. So würden einerseits generell Kantone mit grossen Flächen profitieren. Ebenso würden Kantone, die bereits grosszügig eingezont haben, gegenüber den Kantonen, welche haushälterisch mit ihrem Boden umgegangen sind, bevorteilt.

Co-Präsident Werner Luginbühl (SR BDP/BE) gab zu bedenken, dass die Annahme dieser Initiative die schweizerische Raumplanung, Bund, Kantone und Gemeinden hoffnungslos überfordern würde. Die Initiative sei schädlich, da Bauzonenflächen auf ewige Zeiten eingefroren würden. Eine Annahme der Initiative würde zudem zu einer völlig neuen Rechtslage führen und die laufenden Bestrebungen der Kantone und Gemeinden über den Haufen werfen.

«Die Bergkantone leiden bereits unter den Folgen der Zweitwohnungsinitiative und müssen die strengen Bestimmungen des revidierten Raumplanungsgesetzes umsetzen», weiss Co-Präsident und Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete Thomas Egger (NR CVP/VS). Bei einer Annahme der Initiative dürften nichtlandwirtschaftliche Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen nur noch bewilligt werden, wenn sie im öffentlichen Interesse liegen. Ein Bergrestaurant und ein Skilift gehören wohl nicht dazu. Die dringend notwendige Weiterentwicklung des touristischen Angebots würde damit verunmöglicht.

### Stillstand

Das Einfrieren der Bauzonenflächen würde in bestimmten Regionen zu einer grossen Baulandverknappung führen und die Preise und die Mietzinse in die Höhe treiben.

**Überflüssig  
& unnütz!**

**Radikale**  
Zersiedelungs-Initiative  
**NEIN**

Co-Präsident Olivier Feller (NR FDP/VD), Direktor Chambre vaudoise immobilière gab zu bedenken, dass viele Schweizer Haushalte mit allen Massnahmen zur Begrenzung des Hypothekarkredits bereits heute nicht mehr die finanzielle Möglichkeit hätten, ein Eigenheim zu besitzen. Das totale und dauerhafte Einfrieren der Bauzonen würde diesen Trend verstärken und jeder Hoffnung auf Wohneigentum für den Mittelstand ein Ende setzen.

Co-Präsident und Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv Hans-Ulrich Bigler (NR FDP/ZH) betonte die Schädlichkeit der Initiative für die Wirtschaft: «Es kann nicht sein, dass ein Unternehmen, das prosperiert und sich vergrössern will, keine zweite Produktionshalle aufstellen kann. Es darf auch nicht sein, dass ein erfolgreicher Online-Shop keine zusätzlichen Infrastrukturen bauen darf, nur weil Umzonungen in der betreffenden Gegend nicht mehr möglich sind. So gefährden wir Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Wohlstand».

Das Anliegen der Initianten, das Kulturland zu schützen, sei gerade aus Sicht der Landwirtschaft legitim, sagte Marcel Dettling (NR SVP/SZ), Co-Präsident und Landwirt. Die Initiative verlange jedoch ein absolutes Einzonungsverbot. Für die Landwirtschaft würde sich diese Regelung als wahrer Bumerang erweisen. Es wäre das Aus für viele Projekte, zum Beispiel auch im alternativen Energiebereich.

Das Aus könnte die Initiative auch für grössere Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand wie Schulanlagen oder Bahnhöfe bedeuten.

Diese vielen Argumente führten zu einer klaren Ablehnung der Initiative in allen Räten (Bundesrat, Nationalrat und Ständerat), die sich in der breiten Abstützung des Komitees «Radikale Zersiedelungs-Initiative Nein» spiegelt.

#### **Weitere Auskünfte**

**Jean-François Rime, Nationalrat SVP FR**, Mobile 079 230 24 03

**Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat FDP ZH**, Mobile 079 285 47 09

**Marcel Dettling, Nationalrat SVP SZ**, Mobile 079 353 32 89

**Thomas Egger, Nationalrat CVP VS**, Mobile 079 429 12 55

**Olivier Feller, Nationalrat FDP VD**, Mobile 079 658 31 92

**Werner Luginbühl, Ständerat BDP BE**, Mobile 079 481 07 69

**Corinne Aeberhard**, Leiterin Kommunikation Schweizerischer Gewerbeverband sgv,  
Mobile 079 514 53 56